

2585/J XX.GP

Am 1.1.1999 soll entsprechend dem Vertrag von Maastricht die Europäische Währungsunion zwischen jenen Mitgliedsstaaten in Kraft treten, die bis 1998 die im EGV festgelegten rein monetären Konvergenzkriterien erfüllen. Mit 1. Jänner 1999 soll der Euro als Verrechnungseinheit eingeführt werden, und für die Bürger der Mitgliedstaaten soll der Euro im Jahr 2002 das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel werden.

Die Schaffung einer Europäischen Währungsunion wird einerseits als die große Herausforderung, als das Jahrhundertprojekt schlechthin gesehen. Andererseits wird die Währungsunion vielfach als das "größte monetäre Experiment der Wirtschaftsgeschichte" qualifiziert. Dies bestätigt auch die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene und vom Bundesminister für Finanzen präsentierte WIFO-Studie über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. Demnach ist nur "eine sorgfältig vorbereitete Währungsunion mit durchdachten wirtschaftspolitischen Verantwortungen, Abläufen und Strategien geeignet, die wirtschaftliche Wohlfahrt und damit auch die Beschäftigungslage gegenüber einem Zustand ohne gemeinsame Währung zu verbessern". Lt. dieser WIFO-Studie sind nicht nur Unwägbarkeiten bei der Abschätzung aller Konsequenzen, beispielsweise die ökonomischen Folgen zu konstatieren, vor allem aber gibt es zahlreiche unbeantwortete Fragen auf dem Weg zum Euro. Diese betreffen die Zahl der Teilnehmer, die Methode, mit der die Wechselkurse der im Euro- Währungsraum teilnehmenden Staaten umgerechnet werden, die Bewältigung der Anpassungsprobleme (z.B. im Bankensektor), die Abstimmung der (dezentralen) Budgetpolitik mit der zentralisierten Währungspolitik, unterschiedliche nationale Interessen sowohl in allgemein politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und vieles mehr.

Die Regierungen jedoch sind bei der Bewältigung dieser Probleme säumig, die Ungewißheit bleibt. Problemlösungen werden zum einen ersetzt durch eine unbedingte Fixierung auf einen

bestimmten Termin zur Einführung des Euro, obwohl It. WIFO-Studie über die Auswirkungen der WWU und It. Evaluierungsbericht Binnenmarkt 1996 der EU-Kommission Zweifel über die eingetretene allgemeine Konvergenz bestehen. Problemlösungen werden zum anderen substituiert durch mehrere hundert Millionen-teure Werbekampagnen auf EU- und nationaler Ebene. Ob damit das gewünschte Ziel, angesichts der negativen Stimmung in der Bevölkerung und angesichts der wirklichen Anliegen der Bürger erreicht werden kann, ist mehr als zweifelhaft, zumal es offensichtlich nicht um eine objektive Aufklärung über die Vor- und Nachteile einer einheitlichen Währung und um eine sachliche Information über ihre Auswirkungen geht, wie folgende Beispiele zeigen:

. Bundeskanzler Mag. Klima meinte als damaliger Finanzminister, daß es bis zur Einführung des Euro in Österreich darum geht, "gegen die emotionellen Widerstände der Bevölkerung eine Kampagne zu fahren, um sie überzeugen zu können" (OTS097, 22.11.1996).

. Die Europäische Kommission nahm in den Mitgliedsstaaten prominente Wirtschaftsfachleute unter Vertrag, um für den Euro zu sprechen. Diese engagierten Wirtschaftsfachleute mußten sich jedoch verpflichten, daß sie bei öffentlichen Aufträgen als unabhängige Persönlichkeiten auftreten, die ihre eigene Meinung vertreten. Doch dieselben Experten mußten zudem unterschreiben, daß sie in ihren Äußerungen und Vorträgen keine Ansichten und Positionen vertreten, die jenen der Kommission widersprechen.

Diese demokratiepolitisch bedenkliche Vorgangsweise der Bundesregierung, aber auch der Organe der Europäischen Union beweisen ganz klar, daß fehlendes Vertrauen, wie auch die mangelnde Zustimmung der Bevölkerung zur geplanten EWU abermals durch billige Slogans (Stichwort: Ederer-Tausender) erkaufte werden soll.

Doch die Verwirklichung der gemeinsamen Währung unter den derzeitigen Bedingungen bedeutet:

. Einen weiteren Anstieg der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit in Europa. Zur Zeit sind EU-weit mehr als 18 Millionen Menschen ohne Arbeit. Studien (z.B. das Londoner 'National Institute of Economic and Social Research,') gehen davon aus, daß die volle Erfüllung der

Konvergenzkriterien den Verlust von weiteren 1,5 Millionen Arbeitsplätzen in ganz Europa bis zur Jahrtausendwende zur Folge haben werden.

. Der EU-weite rigorose, in diesem Tempo sonst nicht notwendige und siri.iultan erfolgende Sanierungskurs (Stichwort: Belastungspakete), nur um die fiskalischen Konvergenzkriterien innerhalb von 2 Jahren zu erreichen, sowie die damit einhergehenden Wachstumseinbußen werden die hohe Arbeitslosigkeit in Europa noch weiter nach oben treiben.

. Die überhastete Erfüllung der Konvergenzkriterien durch drastische Sparmaßnahmen führt zu sozialen Spannungen und zu Arbeitsmarktproblemen, wie die jüngsten Streiks in den Mitgliedsstaaten zeigen. Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden daher mangels finanziellen Spielraums seitens des Staates nicht ergriffen. Außerdem läßt die Verpflichtung, daß die Mitgliedsstaaten in Hinkunft zumindest ausgeglichen bilanzieren müssen, keine zusätzliche Bereitstellung von finanziellen Mitteln für arbeitsplatzerhaltende und -schaffende Maßnahmen zu.

. Selbst über die Sinnhaftigkeit der Kriterien gehen die Meinungen renommierter Wirtschaftsfachleute stark auseinander.

. An technischen Umstellungskosten bei Banken werden für den gesamten EU-Raum mindestens 10 Mrd. ECU (rd. 135 Mrd. ÖS) veranschlagt. Lt. Financial Times vom 5.6.1997 belaufen sich die Umstellungskosten sogar auf 25 Mrd. USD (rd. 300 Mrd. ÖS). Diese Kosten können aber durch die propagierten Vorteile nicht abgedeckt werden.

. Von den österreichischen Banken wird ein Urnstellungsbedarf mit Kosten von ca. 8 Mrd. ÖS prognostiziert. Dazu kori.imt durch den Wegfall von Geschäftsbereichen (z.B. Wechselstubengeschäft, Devisenhandel, Wechselkursabsicherungsgeschäfte etc.) es zu Ertragsausfällen in einer Größenordnung von 3,5 Mrd. ÖS. Die Folgen werden ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen im Bankensektor sowie eine Erhöhung der Bankspesen sein.

. Die Umrechnungskurse bzw. deren Berechnungsmethode sind noch nicht bekannt. Die diesbezüglichen Folgen, notwendige Rundungen in Form von Aufrundungen, allfällige

Unrechnungsfehler und verdeckte Preiserhöhungen können zu Lasten der Konsumenten gehen.

. In der Währungsunion übernehmen die Löhne die Rolle des Wechselkurses bei der Bewältigung von wirtschaftlichen Problemen und Schocks. Wenn ein Land an Wettbewerbsfähigkeit verliert und die Arbeitslosigkeit steigt, kann es über niedrigere Lohnsteigerungen, Senkung von Lohnnebenkosten, verstärkte Rationalisierungen gegensteuern.

. Durch den zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit ist mit einer weiteren Verschärfung der Frühpensionsproblematik bzw. mit einer erschwerten Wiedereinstellung von älteren Arbeitnehmern in den Arbeitsprozeß zu rechnen.

. Der Druck auf die Arbeitsmärkte könnte nur gemildert werden, wenn weitere Transferzahlungen (Finanzausgleich) in eine Krisenregion fließen. Zusätzliche finanzielle Zahlungen an die Europäische Union sind nicht zuletzt aufgrund der derzeitigen Budgetsituation unverantwortlich.

. Zur Erreichung der Konvergenzkriterien werden eine Vielzahl von Budgettricks (Stichwort: kreative Buchführung angewandt. So fand etwa Frankreich in der Privatisierung der France Telecom einen Weg, das Budgetdefizit zu reduzieren, indem der Staat von seinem Fernmeldekonzern -zig Milliarden FF kassierte und im Gegenzug die Pensionszahlungen der Telecom-Beschäftigten übernimmt. Belgien verkaufte massiv Gold der Zentralbank, um seinen Schuldenberg abzubauen. Italien hingegen führte eine "Europa-Steuer" ein und kassiert in späteren Jahren fällige Steuern 1997 vorab und verlagert dafür fällige Ausgaben auf spätere Staatshaushalte. Die Auseinandersetzung in Deutschland zwischen Regierung und Bundesbank über die Neubewertung, und damit Aufwertung der Gold- und Devisenreserven, war dem Image des Euro in der Öffentlichkeit auch nicht gerade förderlich. Schließlich werden in Österreich, um die Euro-Hürde leichter nehmen zu können, kommunale Unternehmungen ausgegliedert, um nur einige Beispiele zu nennen. Jedoch nur eine sorgfältig vorbereitete Währungsunion (ohne derartige Manipulationen) ist geeignet die wirtschaftliche Wohlfahrt und Beschäftigungslage gegenüber dem derzeitigen Zustand zu verbessern, wie WIFO-Chef Dr. Kramer, in der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie zu den Auswirkungen der WWU feststellt.

. Eine, einerseits durch Budgettricks angestrebte und andererseits, seit dem Wahlsieg des Linksbündnisses in Frankreich geforderte, und infolge einer großzügigen Auslegung der Konvergenzkriterien immer wahrscheinlich werdende große Währungsunion ist mit höheren wirtschaftlichen Risiken behaftet sowie mit einer Gefährdung der inneren (Preisstabilität) und äußeren Stabilität verbunden. D.h., entgegen den Versprechungen der Regierung ist in diesem Fall ein weicher Euro zu erwarten.

. Eine Abschaffung des Schilling geht, lt. einer neuen Studie des Center for Economic Studies in München vom Mai 1997, mit einem enormen Ressourcentransfer, einem finanziellen Verlust für Österreich in der Höhe von bis zu 5,3 Milliarden DM (rd. 37 Mrd. ÖS) einher, da die Oesterreichische Nationalbank ihre Geldschöpfungsgewinne an die Europäische Zentralbank (EZB) abtreten muß.

. Die Entscheidung eine Währungsunion zu gründen ist somit unter den derzeitigen Voraussetzungen, wie die Ereignisse der letzten Wochen klar aufzeigen, überhaupt nicht ökonomisch begründbar, sondern geht einzig und allein auf den politischen Willen zurück, wobei bereits Großbritannien und Dänemark das vertraglich festgelegte Recht haben, trotz Erfüllung der Konvergenzkriterien, auch dann nicht an der WWU teilzunehmen. Schweden gab im Zuge der Beitrittsverhandlungen eine Erklärung ab über eine etwaige Teilnahme an der WWU selbst zu entscheiden.

Da weder der Weg in die Europäische Währungsunion derzeit sozial- und arbeitsmarktverträglich ausgestaltet ist, noch die monetären Konvergenzkriterien die äußerst problematische und drastische Beschäftigungslage in irgendeiner Art und Weise berücksichtigen, und die Erfüllung dieser Kriterien zu Arbeitsplatzverlusten führt, ist es nicht vertretbar, bereits 1999 eine gemeinsame Währung zu schaffen. Vielmehr ist die Aufnahme

eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums, das ein hohes Beschäftigungsniveau als wirtschaftspolitische Zielgröße definiert, sowie eine Verschiebung des Starttermins zur Vermeidung von Nachteilen für die Arbeitnehmer und zur Minimierung der Risiken, aufgrund einer überhasteten Einführung des Euro, unbedingt erforderlich. Diese Ansicht setzt sich auch zunehmend in anderen Mitgliedsstaaten durch, wie die laufenden Diskussionen in Frankreich, Italien oder Deutschland zeigen. Gerade das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hält fest, daß Deutschland durch die Ratifikation des EU-Vertrages sich nicht

einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren "Automatismus" zu einer Währungsunion unterworfen hat und der Zeitpunkt für den Eintritt in die dritte Stufe der WWU (spätestens 1999) "eher als Zielvorgabe, denn als rechtlich durchsetzbares Datum" zu qualifizieren ist. Letztlich erteilt das Bundesverfassungsgericht mit seiner Interpretation jener Auffassung eine Absage, die in der Endstufe der Währungsunion eine Solidargemeinschaft 'auf Gedeih und Verderb', sieht und bejaht die Möglichkeit des Ausscherens des einzelnen Mitgliedstaates.

Die Glaubwürdigkeit, notwendige Legitimation und wirtschaftliche Konvergenz, welche wesentliche Voraussetzungen und Grundbedingungen für einen erfolgreichen Start der EW.U wären, können nicht durch einseitige Werbekampagnen, großartige Versprechungen, Beteuerungen und Wunschvorstellungen erreicht werden. Sie bedürfen des nachhaltigen Vertrauens der Bürger und der Märkte. Wie soll jedoch Vertrauen entstehen, wenn beim Erreichen der Voraussetzungen bereits derart manipuliert wird, und sich die Bundesregierung einer breiten öffentlichen Diskussion über zahlreiche ungelöste Fragen mit weitreichenden Konsequenzen für die Bevölkerung entzieht bzw. sie den Bürgern die ganze Wahrheit vorenthält? Eine derart sensible Entscheidung, die Ablösung des österreichischen Schilling durch den Euro, kann unter diesen Rahmenbedingungen nur im Rahmen einer Volksabstimmung durch die allfällige Zustimmung der österreichischen Bevölkerung legitimiert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler nachstehende Dringliche Anfrage:

1. Wie ist es zu rechtfertigen, daß weder der Bundesminister für Finanzen noch sein Stellvertreter, Staatssekretär Dr. Ruttenstorfer, der ja nicht zuletzt mit der Begründung des hohen Arbeitsanfalls auf europäischer Ebene installiert wurde, an der jüngsten ECOFIN-Tagung teilgenommen haben?
2. War aus Ihrer Sicht bzw. aus Sicht der Bundesregierung diese ECOFIN-Tagung von untergeordneter Bedeutung?
. Wenn ja, warum?

3. Bei welchen sonstigen Ratssitzungen haben österreichische Regierungsmitglieder nicht teilgenommen?
4. Auf welche Weise ist Ihrer Auffassung nach sichergestellt, daß Österreich bei wichtigen Ratstagungen trotz der Abwesenheit von Regierungsmitgliedern wesentliche Anliegen und Positionen in den Entscheidungsfindungsprozeß auf europäischer Ebene durchsetzen kann?
5. Sind Sie für eine punktgenaue Erfüllung der Konvergenzkriterien, insbesondere des Defizitkriteriums und des Kriteriums öffentlicher Schuldenstand?
. Wenn nein, warum nicht?
6. Wird der österreichische Vertreter im Rat dafür eintreten, daß die Konvergenzkriterien nicht strikt ausgelegt werden, damit eine möglichst große Zahl der EU-Mitgliedstaaten von Beginn an an der 3. Stufe der WWU teilnehmen können?
. Wenn ja, warum und welche Kriterien können Ihrer Meinung nach um wieviel aufgeweicht werden?
7. Sind Sie ebenso wie der Mitautor der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie über die Auswirkungen der WWU, Dr. Breuss, der Auffassung, daß eine große WWU mit höheren wirtschaftlichen Risiken behaftet ist?
. Wenn nein, warum nicht?
8. Dr. Breuss hegt in der zitierten Studie massive Zweifel über die bereits eingetretene allgemeine Konvergenz. Auch der von der EU-Kommission vorgelegte "Evaluierungsbericht Binnenmarkt 1996" bestätigt diese Zweifel. Teilen Sie diese Zweifel?
. Wenn nein, warum nicht?
. Wenn ja, warum ist es aus Ihrer Sicht dann vertretbar 1999 eine Währungsunion mit einem möglichst großen Teilnehmerkreis zu beginnen?
9. Dr. Breuss kommt in der genannten Studie auch zum Schluß, daß eine große WWU nicht nur die interne Preisstabilität (zumindestjener der Hartwährungsländer) gefährden könnte, sondern auch den Außenwert des Euro. Wenn Hart- und Weichwährungsländer in einer WWU zusammengespant sind, ist es schon rein logisch unmöglich zu erwarten, daß der

Euro ebenso "hart" sein wird wie die härteste Währung, die DM. Schließen Sie sich dieser Auffassung an?

. Wenn nein, warum nicht?

. Wenn ja, warum verspricht die Bundesregierung der Bevölkerung das Gegenteil?

10. Andererseits geht aus der zitierten WIFO-Studie hervor, daß eine kleine Wahrungunion, mit den sog. Hartwahrungslandern, makroökonomisch fast nichts am status quo ändern würde. Aus welchen Gründen burdet die Bundesregierung der sterreichischen Bevölkerung Belastungspakete in Milliardenhöhe auf, die in diesem Umfang und vor allem in diesem Tempo nicht notwendig wären?

. Wäre es auch in diesem Fall nicht sinnvoller den Beginn der 3. Stufe der WWU zu verschieben, zumal It. Prof. Kramer die absehbare Spaltung der EU in WWU-Teilnehmer und Nichtteilnehmer sehr schwerwiegende Folgen für den Integrationsprozeß haben könnte?

. Wenn nein, warum nicht?

11 .Seitens der Bundesregierung werden als Vorteile einer gemeinsamen Währung stets eine Steigerung des BIP, der Wegfall von Transaktionskosten etc. angeführt. Wie bewerten Sie die Aussage von Prof. Kramer in der WIFO-Studie, daß es " schwer möglich ist, exakte Angaben darüber zu machen, welche Steigerung des BIP insgesamt im Vergleich zu einem Zustand ohne Wahrungunion die Realisierung der WWU kurz- bis mittelfristig tatsächlich bringen könnte " ?

12 WIFO-Chef Kramer kam in der zitierten Studie zum Schluß, daß " nur eine sorgfältig vorbereitete Wahrungunion mit durchdachten wirtschaftspolitischen Verantwortungen, Abläufen und Strategien geeignet isr, die wirtschaftliche Wohlfahrt und damit auch die Beschäftigungslage gegenüber dem derzeitigen Zustand zu verbessern, wobei allerdings zwei Jahre vor Beginn der gemeinsamen Währung eine Reihe heikler wirtschafts- und allgemeinpolitischer Fragen noch nicht ausreichend beantwortet sind" . Sind Sie der Meinung, daß die von Prof. Kramer eingeforderten Rahmenbedingungen bzw. offenen Fragen erfüllt bzw. befriedigend gelöst sind?

. Wenn nein, welche diesbezüglichen Maßnahmen werden wann gesetzt?

. Wenn ja, inwiefern?

13. Denken Sie daran, so wie es die Bundesregierung in Deutschland beabsichtigte, die Gold- und Devisenreserven der OeNB neu bewerten zu lassen, um dadurch leichter die Konvergenzkriterien zu erreichen?

Wenn ja, aus welchen Gründen?

14. Ist Ihnen die Studie des Center for Economic Studies: "Eurowinners and Eurolosers: The Distribution of Seignorage Wealth in EMU", München, Mai 1997, bekannt, aus der hervorgeht, daß Österreich neben Deutschland, Finnland, die Niederlande aufgrund der Abtretung der Geldschöpfungsgewinne der Nationalbanken in Form der Übertragung von Wertpapieren auf die Europäische Zentralbank (EZB) zu den Verlierern einer WWU zählen und bis zu rd. 37 Mrd. ÖS, die als Umverteilungseffekte auftreten können, belastet würde?

. Welche Schritte wird die Bundesregierung setzen, damit dieser negative Effekt nicht eintritt?

. Warum hat die Bundesregierung diesen wesentlichen Umstand bislang verschwiegen?

15. Wie stehen Sie zum Vorschlag ein Gegengewicht, etwa in Form einer "Wirtschaftsregierung" zur "übermächtigen" Europäischen Zentralbank einzurichten?

. Wenn positiv, warum und wie soll diese aussehen?

. Welche Aufgaben hätte diese und auf welcher vertraglichen Grundlage würde diese basieren? .

16. Welche Gestaltungsmöglichkeiten sollen dieser Wirtschaftsregierung/koordinierten Wirtschaftspolitik eingeräumt werden?

17. Inwieweit ist eine Institutionalisierung dieser Wirtschaftsregierung/koordinierten Wirtschaftspolitik vorgesehen?

18. Sie haben sich hinsichtlich des von Deutschland vorgeschlagenen Stabilitätspakts gegen einen Automatismus von Sanktionen bei Verstößen gegen die Maastricht-Stabilitätskriterien ausgesprochen. Beim informellen Gipfeltreffen in Noordwijk Anfang April d.J. einigten sich die Finanzminister auf einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der, wie Gerrit Zalm und Jacques Santer unisono bekräftigten, bei einem übermäßigen Defizit

eines Staates automatisch Sanktionen nach sich zieht. Warum kam es zu der diesbezüglichen Meinungsänderung des österreichischen Vertreters im Rat?

19. Mit diesem Automatismus ist eine Veränderung des Maastricht-Vertrages gegeben. Ist durch diese offensichtliche Vertragsänderung nicht die Notwendigkeit entstanden den Maastricht-Vertrag neu zu ratifizieren?

. Wenn nein, warum nicht bzw. welche rechtliche Qualität haben Entschließungen des Rates?

20. Welche konkreten Maßnahmen im Stabilitäts- und Wachstumspakt werden zu einem zusätzlichen Wachstum, insbesondere aber zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation führen?

21. Soll nach Ansicht der Bundesregierung, wie von Frankreich vorgeschlagen, der Stabilitätspakt geändert bzw. erweitert werden?

. Wenn ja, wie soll der vorliegende Stabilitätspakt geändert werden, damit tatsächlich Wachstum und Beschäftigung entsteht?

22. Wenn der Stabilitätspakt bereits zwischen 1992 und 1996 gültig gewesen wäre, wieviel Milliarden ÖS hätte Österreich im schlimmsten Fall an Strafge­lder zahlen müssen und durch welche Maßnahmen hätten diese finanziert werden müssen?

23. Welche Konvergenzkriterien wird Österreich 1997 voraussichtlich nicht erfüllen?

24. Welche Konvergenzkriterien wird Österreich 1998 voraussichtlich nicht erfüllen?

25. In der Währungsunion übernehmen die Löhne die Rolle des Wechselkurses. Daraus folgt, daß in der Währungsunion die nationalen Arbeitsmärkte unter größeren Anpassungsdruck geraten. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Tatsache?

26. Der ÖGB verlangte, zuletzt wieder in seinen "12 Punkten für Europa", das Kriterium Beschäftigung als zusätzliches Konvergenzkriterium aufzunehmen. Unterstützt die Bundesregierung diese Forderung?

. Wenn ja, welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung wann setzen?

. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

27. Sind Sie, ebenso wie Prof. Nowotny, der Auffassung, daß " aus Beschäftigungsgründen die zeitgerechte Einführung des Euro wichtig ist"?

. Wenn nein, warum nicht?

. Wenn ja, wie ist dies aufgrund der Tatsache, daß die Einführung des Euro zu zusätzlichen Arbeitsplatzverlusten führen wird, wie auch die WIFO-Studie belegt, zu verstehen?

28. Sind Sie, ebenso wie Vizekanzler Dr. Schüssel, der Auffassung, daß ', wenn der Euro nicht kommt, dies der Abschied von der europäischen Beschäftigungspolitik ist"?

. Wenn ja, wie begründen Sie diese Auffassung?

. Wenn nein, warum nicht?

29. Gibt es Ihrer Meinung nach eine europäische Beschäftigungspolitik?

. Wenn ja, wie wirkt diese in Anbetracht von mehr als 18 Millionen Arbeitslosen?

30. Von den österreichischen Banken wird ein Umstellungsbedarf mit Kosten von ca. 8 Mrd. ÖS prognostiziert. Weiters kommt es durch den Wegfall von Geschäftsbereichen (z.B. Wechselstubengeschäft, Devisenhandel, Wechselkursabsicherungsgeschäfte etc.) zu Ertragsausfällen in einer Größenordnung von 5% bis 10% der Ertragsbasis, die hauptsächlich Banken in kleineren Ländern, wie Österreich treffen. Die Folge ist lt. WIFO-Studie ein nicht unerheblicher Abbau von Arbeitskräften in diesem Wirtschaftsbereich. Wieviele Arbeitsplätze werden allein im Bankensektor kurz- und mittelfristig verloren gehen?

31. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die durch die Euro-Einführung zu erwartenden Verschärfung der Pensionsproblematik (Abschieben von Arbeitnehmern in den vorzeitigen Ruhestand, infolge Rationalisierungsdrucks) zu begegnen?

32. Wie wird sichergestellt, daß die Umstellung auf den Euro nicht zu versteckten Preis- bzw. Gebührenerhöhungen, auch der öffentlichen Hand führt?

33. Wird die Bundesregierung, im Falle der fristgerechten Einführung des Euro, soziale Maßnahmen für vom Euro negativ betroffenen Beschäftigungsgruppen ergreifen?

. Wenn ja, wann, welcher Art und wie sollen diese angesichts des angespannten Budgets finanziert werden?

34. Können Sie sich der von nicht unbedeutenden Politikern, Wissenschaftlern und Experten vertretenen Meinung anschließen, wonach die Verschiebung des Zustandekommens der 3. Stufe der WWU unter den gegebenen Bedingungen der eher attraktivere Weg sei?

. Wenn nein, warum nicht? '

35. Treten Sie vor Einführung des Euro in Österreich für eine österreichische

. Volksabstimmung ein?

. Wenn nein, warum nicht?

. Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt sollte diese erfolgen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des §93 Abs. 1 GOG-NR vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln.